

„Auf einem guten Weg“

Leiter der beruflichen Schulen im Landkreis tauschen sich mit Abgeordneten aus

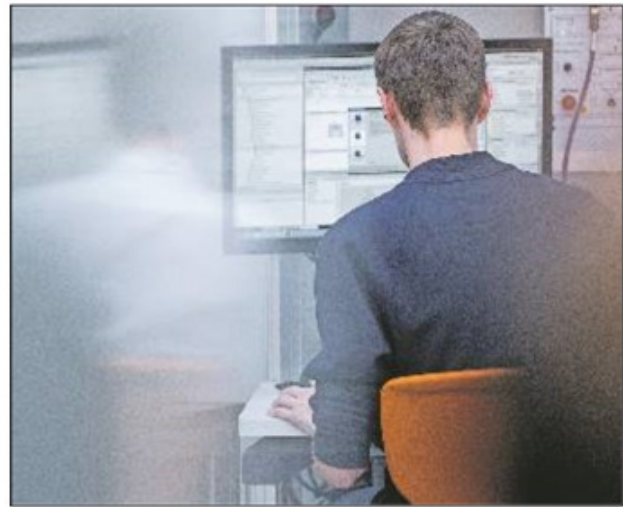
Rastatt (dm) – Alle zwei Jahre kommen die Leiter der beruflichen Schulen im Landkreis, Vertreter des Landratsamts als Schulträger und die Landtagsabgeordneten der Region zum Austausch zusammen. Fazit der jüngsten Runde, in der künftige Anforderungen sowie der Blick auf die geleistete Arbeit der Bildungsstätten in den zurückliegenden Jahren im Blickpunkt standen: Um die beruflichen Schulen im Landkreis ist es gut bestellt. Lob heimsten nicht nur die Bildungsstätten selbst, sondern auch der Schulträger ein, der hohe Summen in deren Ausstattung investiere.

Man sei auf einem guten Weg, die Schulen sukzessive weiterzuentwickeln, fasste Landrat Jürgen Bäuerle nach dem Gespräch mit den Schulleitern sowie Beate Böhlen, Thomas Hentschel (Grüne), Sylvia Felder, Tobias Wald (CDU) und Jonas Weber (SPD) zusammen. Ein Fokus lag dabei auf der Einführung der generalistischen Pflegeausbildung zum Schuljahr 2020/21. Man müsse dafür sorgen, dass in diesem Zuge kein Betrieb abspringt, um sich aus der Ausbildung zu verabschieden, so Bäuerle. Geplant ist, eine Koordinierungsstelle einzurichten, um die geforderte enge Zusammenarbeit aller Beteiligten in der Region umzusetzen – gerade für die Anne-Frank-Schule

sei dies wichtig, wo der schulische Part der neuen Ausbildung angesiedelt wird, wie HLA-Schulleiter Bernhard Marzluf als Sprecher der beruflichen Schulen betonte. In der Frage einer finanziellen Beteiligung des Landes registrierte der Landrat „verhaltene Aufgeschlossenheit“. Konkrete Hoffnung auf Fördermittel hegt man hinsichtlich der Sanierung der Schule, die dabei zum Pflegezentrum ausgebaut wird. Aktuell fließen vom Land 1,46 Millionen Euro in die energetische Sanierung der Papiermacherschule Gernsbach. „Kommunaler Sanierungsfonds“ heißt der Topf, der dafür eingerichtet wurde und vom Schulträger als „wirkungsvolle Unterstützung“ gesehen wird.

Auch in Sachen Digitalisierung sieht man die Weichen gut gestellt, nun müsse man schauen, „dass der Zug ordentlich fährt“, so der Landrat. Das Land steigt in einem ersten Förderschritt mit insgesamt 75 Millionen Euro für die Schulträger ein. Darüber hinaus werde auch das Geld gebraucht, das sich aus dem vom Bund in Aussicht gestellten Digitalpakt (fünf Milliarden Euro) ableiten. Der ist aber noch umstritten. Knackpunkt: Dafür wäre eine Grundgesetzänderung erforderlich, die unter anderem die grün-schwarze Landesregierung ablehnt, weil sie eine dauerhafte Einmischung des Bundes befürchtet.

Abgesehen von der je nach



Kein Abschluss ohne Anschluss: Die Schulen schaffen vielfältige Übergänge in den Beruf.

Foto: dpa

Parteien unterschiedlichen Auffassung zu diesem Thema waren sich die mittelbadischen Abgeordneten einig. Ausdrücklich bekannten sie sich zu den beruflichen Schulen, die sich oft nicht so gewürdigt sehen, wie es ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entsprechen würde. Dabei stelle deren Spektrum ein „tolles Angebot“ dar, das auch diejenigen mitnimmt, die auf keinen geraden Lebenslauf blicken, wie Sylvia Felder ausführte. Auch was die „Vorqualifizierung Arbeit/Flüchtlinge ohne Deutschkenntnisse“ (VÄ-BO) betrifft, die sich auch auf europäische Ausländer ohne Deutschkenntnisse erstreckt, hätten der Landkreis und seine

Schulen mehr Arbeit als andere geleistet, so Beate Böhlen. Gemäß der Devise „kein Abschluss ohne Anschluss“ wird denn auch der Schulversuch „Berufsfachschule Pädagogische Erprobung“ (BFPE) fortgeführt, der Schüler mit individueller Förderung auf einen Abschluss vorbereitet.

Weiteres Anliegen beim Gespräch: Die Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit. Einst hatte das Land diese Aufgabe zu einem Drittel mitfinanziert, einen Wert, den man aufseiten des Landkreises wieder einfordert. Nachdem das Land seine Beiträge eingefroren hat, ist dessen Anteil inzwischen auf ein Viertel geschrumpft.